

Beilage zu Nr. 194 des Merseburger Tageblattes

Montag, den 20. August 1923

Die Goldrechnungskrisis.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Übergang zum Goldrechnungssystem. Nicht nur die Privatwirtschaft, sondern auch Staat und Kommunen gehen dazu über, eine neue Wertmehrmittel, die Rechnungsgoldmark einzuführen und darauf Forderungen und Schulden zu berechnen. Wir lesen mit einem Worte vor dem vollständigen Inkassierung der Papierrechnung. Das Geld, welches als Notendruck hergestellt, gilt nur noch als Träger des Austauschvorganges, aber nicht mehr als Wertausdruck, oder als Ausdruck der durch eine geschäftliche Transaktion geschaffenen Rechtsbeziehung. Jeder Kauf und Verkauf stellt einen Kontrakt auf Lieferung von Wert und Gegenwert. Bisher hatte jedenfalls in Zeiten des heutigen Wirtschaftslagens das Papiermark noch die Funktion eines Ausdrucksmittels für ein so zuhandengekommenes Rechtsverhältnis. Die Gesetze tragen zwar der Geldwertminderung allerdings schon Rechnung, erlauben sie aber nicht in vollem Umfang an, da die Forderung des Wiederherstellungspreises verboten war. Heute muß die Rechtsprechung faktisieren. Für jeden Wert wird der Gegenwert gelistet werden. Die Tatsache, daß der Staat Goldschatze ausgräbt, kommt dabei nicht mehr in Betracht.

Damit stehen wir vor einer Preisrevolution, die immer befürchtet, schon lange ins Auge gefaßt, aber noch nicht zur Tatsache geworden war. Heute ist sie im vollen Gange. Es hat auch keinen Zweck, in diesem Zusammenhang auf Einzelheiten dieser Umwertung aller Werte einzugehen. Worauf es ankommt, und was letzten Endes einer jeden von uns angeht, das ist die allgemeine wirtschaftliche Bedeutung dieser Vorgänge. Wenn wir heute unsere Gehaltsforderungen und unsere Schulden, wenn wir Einnahmen und Ausgaben in Goldmark verrechnen, dann halten wir uns wieder ein in den großen Zusammenhang der Weltwirtschaft, die niemals von der Goldrechnungssystem abgegangen ist. Bis jetzt lebten wir in einer Art von fortgesetztem Bankrott, der mit beträchtlichen Mitteln von Tag zu Tag, von Jahr zu Jahr vergrößert wird. Heute stehen wir vor den nächsten Tatsachen, vor der reinen Wirtschaft. Die Folgen, die nun aufzutreten werden, sind nicht ohne weiteres im einzelnen zu überschauen. Zu der Gesamtsituation ist eines aber sicher, daß der Übergang zur Goldrechnung der gesamten Nation zum ersten Male seit dem Sturz des Umfang der eingetragenen Verarmung vor Augen führt. Diese Verarmung ist heute nicht etwa eine leere Phrase, nicht etwa ein Schreckbild für Streikende und politisch Unmündige, sie ist Tatsache. Die verfallene Arbeitslosigkeit der deutschen Wirtschaft wird damit offenbar werden. Es geht nicht länger an, um die Dinge herumzureden. Wenn wir Gold fordern, müssen wir Gold verdienen. Gold verdienen können wir nur durch den Verkauf an das Ausland, können wir nur, wenn der Goldlieferung der Goldgegenwert entgegen-

gestellt wird. Das bedeutet eine allgemeine Industriekrisis, eine allgemeine Krise am Arbeitsmarkt. Im Vordergrund zeigt sich schon heute die Folge. Es ist niemand in Deutschland vorhanden, der Druckmaschinen für die Wiedergabe eines einzelnen Bundesdruckers hergestellt sind. Die Folge ist mit Notwendigkeit zunächst ein Mangel der Arbeitslosigkeit. Aber diese Arbeitslosigkeit ist nicht notwendigerweise ein nationales Unglück. Es ist hohe Zeit, daß unsere gesamte Wirtschaft, vor allem aber die Arbeitnehmerschaft, erkennen lernen, daß sie nur Teile eines großen Organismus, eines lebenden Willens sind, der sich unmittelbar selbstlicher Rechte auf der Welt erhält. Der nur mit Unterstützung der gesamten Energie sein Leben erhalten kann. Nicht Trennung, nicht Zersplitterung muß die Folge dieser Arbeitslosigkeit sein, sondern eine erneute Zusammenfassung der gesamten nationalen Wirtschaftskraft zur Erhaltung des Lebens. Und es wird sich zeigen, daß die Gesamtsituation eine politische Wirkung zur Folge haben muß. Es gilt den Friedensvertrag von Versailles zu sprengen, denn dieser ist es, der uns bisher daran gebunden hat, den weltwirtschaftlichen Vertrag unserer nationalen Arbeitsleistung zu erzielen.

Das bedrohte Privateigentum.

Auch die Hausbesitzer für äußerste Nothwehr. Auf seinem eben in Ulmer abgehaltenen 44. Verbandstag hat der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine erneut zur Wohnungsgesetzgebung Stellung genommen. Er sah in dem Wohnungsgesetz vom 1. Juni 1923 begründete Gründe ein neues Annahmegericht gegen die Hausbesitzer und begründet das insbesondere damit, daß durch die Befreiung (Art. 153) gewerblicheres Eigentum wird zu einem Schmelztopf herabgerückt, da das Gesetz dem Eigentümer den letzten Rest seines Vermögens entzogen hat und ihm nur das Wasnis des Wertes gelassen hat. Die Befreiung des Hausbesitzerverbandes leben demgegenüber in der unbedingten Heiligkeit des Privateigentums den Gefährten für den Sozialismus und die Arbeiterbewegung, in dessen Zusammenstoß mit dem nächsten Wachen ihre mitarbeiteten Belange zur Geltung bringen. Diese Notwendigkeit muß vor aller Welt bedunden, daß sie nicht willens ist, sich zwischen kommunikativen und großkapitalistischen Mächten zerreißbar zu lassen.

Die Stellungnahme des Hausbesitzerverbandes hat besondere Bedeutung auch für die Landwirtschaft, die durch die agrarrevolutionären Anträge Hoff, Müller-Stein-

mannen usw. in ihrem Privateigentum gleichfalls bedroht ist. Abererregt würde der Verbandstag der Haus- und Grundbesitzer sich vermutlich noch weit schärfer geäußert haben, wenn er seine Betrachtungen nicht auf das Mieter- schutzgesetz vom 1. Juni 1923 beschränkt hätte. Die Einbeziehung der agrarrevolutionären Anträge hätte für die Verhandlungen in Ulmer um so näher gelegen, als insbesondere die Vorschläge des Sozialdemokraten Albrecht („Neue Zeit“, Heft 6 und 7) die gegen die Landwirtschaft gerichteten Maßnahmen (Wiederherstellung familiärer Hypothek aus der Fortsetzung und ihre Umwertung in das Eigentum des Reiches) ausdrücklich namentlich auf bäuerliche Wohnhäuser, Hundesgebäude, Werkstätten und dergleichen ausgedehnt wissen will.

Politische Rundschau

Der „Vorwärts“ und der wuchernde Großhandel.

Der „Vorwärts“ (Nr. 371) veröffentlicht die Zuschrift eines Berliner Kaufmanns, der sich, um den hohen Wert seiner Kleinhandelswaren zu erhalten, mit einem Karstoff- erzeuger in Verhandlung gesetzt hatte und von diesem Karstoff- fekt zu 4000 Mark erhielt, für die auf den Berliner Märkten in der Woche bis zum 1. August 9000-12000 Mark gefordert wurden. Aus diesem gemäßigten Preisunter- schied schließt die Zuschrift, daß es annehmend nicht der Kleinhandeler, sondern der Großhändler ist, der die Preise in die Höhe treibt. Sie berechnet, daß bei normalen Zus- schlüssen für Groß- und Kleinhandel bestenfalls ein Preis von 6750 Mark herauskommen könne. Der über diesen Preis hinausgehende Betrag sei Wucher überßer Art. Entsprechende Erfahrungen hat jener Berliner Kaufmann beim Einkauf von Karotten gemacht, die er beim Erzeuger für 2500 Mark und nach dem 1. August für 4000 Mark erhielt, während der Berliner Kleinhandelspreis auf den Märkten zwischen 15000 Mark und 30000 Mark schwankte. Die- selbenerweise hat ein großes demokratisches Blatt („Ber- liner Tageblatt“) es abgelehnt, diese Zuschrift zu ver- öffentlichen.

Die Mitteilungen des Berliner Kaufmanns bestätigen die alte Erfahrung, daß überall, wo die Preisgestaltung im einzelnen verfolgt wird, die Angriffe gegen den Wucher der Bauern alsbald meist verflümmen. Es verdient An- erkennung, daß der „Vorwärts“ im Gegensatz zu dem ihm gegenüberen Demokratensblatt die Zuschrift veröffentlicht hat. Diese ist freilich auch eine Anfrage gegen die Politik des „Vorwärts“, der geradezu berufsmäßig auf den vermeint- lichen landwirtschaftlichen Wucher schilt und nur in seltenen Ausnahmefällen die an der Preisentwicklung schuldigen Stellen des Zwischengandels entsprechend zu brandmarken mag. Gerade die sozialdemokratische und kommunistische Presse mit ihren hülfen Angriffen auf die Landwirtschaft ist Schuld daran, daß die Gesetzgebung der Bauern, die Großhandelsmärkte unmittelbar zu bezeichnen, in den jüngsten Wochen zum Nachteil der Verbraucher zusammengekrümpt ist und daß es so zu Verdächtigungen kam, die jener Ber- liner Kaufmann zu Recht geißelt.

Währungsbank statt Reichsbank.

Ein Vorschlag Helfferichs.

Wie die „Niederb. Ztg.“ erfährt, hat Abgeordneter Dr. Helfferich in der gestrigen Fraktionsitzung der Deutschnationalen von einem von ihm geplanten Vorschlag zur Gründung des deutschen Geldes Mitteilung gemacht. Er schlägt die Errichtung einer Währungsbank vor, von der die Reichsbank abgelöst werden soll. Zur Gründung der Währungsbank sollen Landwirtschaft, Handel und Industrie und andere unter Rücksicht auf ihre Leistungsfähigkeit zu gleichen Teilen herangezogen werden. Insofern werde die Forderung auf Errichtung der Währungsbank ihre vernünftige und mögliche Erfüllung finden.

Die proletarischen Hundertschaften vor dem Staatsgerichtshof.

Das von preussischen Ministern des Innern Ervering im Mai dieses Jahres erlassene Verbot der proletarischen Hundertschaften wird im September dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik beschlagnahmt. Begegnungsweise ist gegen dieses Verbot gerade von sogenannten „Reichsaussschuss der Deutschen Betriebsräte“ Beschwerde eingelegt worden, also von derjenigen kommunistischen Organisation, die in den letzten Tagen als Veranstalter des „Generalstreiks“ viel von sich reden gemacht hat. Der Reichsaussschuss leitet seine Aktiolegitimation für die Beschwerde aus der Tatsache her, daß er im Mai dieses Jahres eine Mitteilung des Berliner Polizeipräsidenten, gen. v. B. Weiß, erhalten hat, in der es heißt: „Hiermit gebe ich für alle, die es angeht, die Verfügung des preussischen Ministers des Innern betreffend das Verbot der proletarischen Hundertschaften bekannt.“ Es ist charakteristisch, daß die kommunistischen Betriebsräte damit selbst zugeben, daß sie die proletarischen Hundertschaften etwas angehen. Der Reichsaussschuss der Deutschen Betriebsräte wird durch Justizrat Viktor Brant in Berlin vertreten.

Der Arbeitslohn in Sowjetrußland im Monat Juli.

Aus Helfferichs wird uns geschrieben: Der Volkskommissar der Arbeit Schmidt hat den Minimalarbeitslohn für den Monat Juli wie folgt festgesetzt: In der ersten Zone 360 Rubel, in der zweiten Zone 280 Rubel und in der dritten Zone 220 Rubel. Alle Angaben sind in Rubeln der Emision von Jahre 1922 gemacht. Ein Rubel dieser Emision entspricht einer Million gewöhnlicher Sowjetrubel. Von Interesse ist es, die wichtigsten Lebensmittelpreise und Preise für Gegenstände des täglichen Bedarfs mit diesem Minimallohn zu vergleichen. Am 1. Juli kostete in Petersburg ein Pud Roggenmehl 132 Millionen Rubel, ein Pud Hartweizenmehl 40 Millionen Rubel, ein Pfund Fleisch 16 Millionen Rubel, ein Pfund Zucker 38 700 000 Rubel und ein Pfund Salz 3 800 000 Rubel. Ein Paar Stiefel kostete 717 Millionen Rubel, ein Pfund Petroleum 5 Millionen Rubel und ein Pfund Seife 12 300 000 Rubel. Ein Arbeiter hat im Juli 1922 den tatsächlichen Preis von 32½ Millionen Rubel. Gleichzeitig mit der Festsetzung des Minimallohnes ist vom Volkskommissar der Arbeit auch der Maximallohn für die Arbeiter und Angestellten für den Monat Juli festgesetzt worden. Er beträgt 150 allgemeine Warenrubel nach dem Index der Staatlichen Kommissionskommission am 1. Juli.

Das überraschte Polen.

Warschau, 16. August. Der gestern hier bekannt gewordene Text der britischen Antwortnote hat die hiesigen Pressekreise sehr unliebsam überrascht. Noch gestern nachmittag war dem hiesigen Außenministerium ein Telegramm aus London zugegangen, worin lediglich betont wurde, daß die englische Antwort „keine besonders neuen Argumente vorbringe und nur abermals die Rechtsgültigkeit der französischen Ruhebesetzung in Zweifel ziehen werde“. Als ein paar Stunden darauf der englische Originaltext hier anlangte, war man, wie heute von amtlicher Seite erklärt wurde, „recht konsterniert“.

Ein französischer Sozialist

gegen die Abrüstung.

Wetzlar, 17. August. Die Interparlamentarische Konferenz beschäftigte sich gestern mit mehreren die allgemeinen Rüstungen betreffenden Entschlüssen. Der französische Sozialist Merlin erklärte sich nicht für zuständig, eine derartige Entschlüsselung zu unterstützen. Frankreich sei das friedliebendste Land der Erde. Sein Ziel sei stets, einen Krieg zu vermeiden, und dieses Ziel könne nur erreicht werden, wenn alle Verträge, besonders aber der Versailleser Vertrag aufrechterhalten bleiben.

Aus Provinz und Reich

Au den Pranger.

Eberfeld, 17. August. Nach einer Besprechung mit dem Regierungspräsidenten Grüninger in Warmen wurde der Eberfelder Großhandelsreisende Sommerzentrat Max Gall, Leiter des Rhein-Handelskongresses, wegen dringenden Verdachtes der Beuglichkeit der Beugung verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis nach Eberfeld gebracht. Seit längerer Zeit waren durch einen Serben Danowitsch von den Franzosen beschlagnahmte Waren in Menge aufgefauft und weiterveräußert worden. Gall ist dringend verdächtig, diese Weiterveräußerung der Waren begünstigt zu haben. Bekanntlich betraf die deutsche Beschlagnahme den Ankauf von Waren, die von den Franzosen beschlagnahmt worden sind, oder die Beihilfe dazu als Helfer.

Eröffnung des Flugverkehrs England-Schwed.

Zürich, 17. August. Der Flugverkehr England-Schweden über Paris ist gestern durch das Flugzeug Dandley eröffnet worden, das London gestern früh um 8 Uhr mit fünf Passagieren verließ, um 10,35 Uhr in Le Bourget bei Paris einzutraf, um 2,35 Uhr eine Zwischenlandung in Basel vornahm und um 5,40 Uhr in Zürich landete.

Eine katastrophale Sturmflut auf Korea.

Newark, 16. August. Wie aus Seoul auf Korea gemeldet wird, ist die Nordwestküste Koreas von einer gewaltigen Sturmflut heimgesucht worden, die hunderte von Häusern hinwegjagte und unübersehbaren Sachschaden anrichtete. Die Zahl der ums Leben gekommenen ist weit über 1000.

Turnen, Spiel und Sport.

Der Fußballsport des Sonntags.

Vertraute Plätze! Auch die meisten Spiele der unteren Mannschaften wurden wegen schlechten Wetters abgesetzt. Sportverein 99, 1. Junioren, konnte gegen den schon am Sonntag erschienenen Rudolphstädter Gegner 4:7 gewinnen. Die erste Meierei 99 gewann nach heftiger zu hartem Kampfe gegen Favorit-Meierei 3:2. Weitere Resultate: Städtepiel Halle-Magdeburg 3:0; Weihenstephan: S. Bg. 05 Raumburg (Gastspiel) 1:0; Städtepiel Berlin-Prag 3:3; Nürnberg-Fürther Städtegemeinschaft-Amstern 4:0; Prag-Bien vor 60 000 Zuschauern 2:1 (2:1); Ungarn-Holland 3:1.

B. F. L. erfolgreich in Wämen.

Telegramm. Nach schönem Spiel in Warnsdorf 3:1 gewonnen. Bericht folgt morgen.

99er Leichtathleten mit Bombenerfolgen von Arnstadt zurück!

Einladungskämpfe des S. B. Arnstadt.

Telefonische Anzeige. Den spannendsten Kampf brachte die Dithmische Staffel, die vom Sportverein 99 vor dem S. G. Erfurt gewonnen wurde in der äußerst guten Zeit von 4:53,5. Bei dem Herren-Sprint führte 99 bis zur neunten Hebung mit Schulzger S.-G. punktlos. Der dann von M. F. B. Erfurt ausgeführte Stabhochsprung entschied diesen Kampf für Erfurt. Die weiteren 99er-Resultate sind: 800 Meter: 1. Kamm 2:03,5; 3000 Meter: 1. Weber 10 Minuten; 5x1000 Meter-Staffel: 1. S. B. 99 in 14:34,4 Minuten.

Deutsche Meister in der Leichtathletik.

Die Not der jetzigen wirtschaftlichen Lage machte sich auch bei der Austragung der „Deutschen Leichtathletikmeisterschaften“ in Frankfurt ziemlich bemerkbar. Eine Reihe der besten waren nicht erschienen. Trotzdem waren glänzende Leistungen zu verzeichnen, dabei drei neue Höchstleistungen und eine Rekordleistung: Daß fünf deutsche Meister in zwei Ereignissen erzielt wurden. Doubel, Troßbach, Pelzer, Bedarff und Fr. Henoch wurden Doppelmehler. Nachstehend die Meister der Herren-Werbe: 5000 Meter: Bedarff-Düsseldorf 15:14,2 (neuer deutscher Rekord); Diskus: Steinbrenner-Frankfurt 41,55; 800 Meter: Pelzer 2:11; Hochsprung: Sub-Zena 1,74 (bei aufgewecktem Boden); 400 Meter Hürden: Troßbach-Frankfurt 57,4; 100 Meter: Doubel-Krefeld 11,1; Weisprung: Schumacher-Hamburg 7,07; 3x1000 Meter: Mänsen 60 in 7:50,4; Speerwerfen: Vidale 58,93 Meter; 1500 Meter: Pelzer-Stettin 4:17,9; Stabhochsprung: Lehninger-Berlin 3,70 Meter; 200 Meter: Doubel-Krefeld 22,8; 110 Meter Hürden: Troßbach-Frankfurt 15,7; Angelhöfer-Bemmering-Birmans 14,065 Meter (neuer deutscher Rekord); 400 Meter: Henell 51,6; 10 000 Meter: Bedarff-Düsseldorf 32:49,8; 4x1000 Meter: Eintracht-Frankfurt 43,1.

Die Ergebnisse bei den Frauen-Werben: Angelhöfer: Fr. Bonndorf-Berlin 8,69 Meter; Speerwurf: Fr. Frischold-Binden 33,73 Meter (neuer deutscher Rekord); 4x100 Meter: Brandenburg 53,5; Hochsprung: Fr. Müller-Zorgau 1,41 Meter; 100 Meter: Fr. Gause-Frankfurt 13,2; Weisprung: Fr. Uper-Wüdingen; Diskus: Fr. Henoch 24,99 Meter.